

Schüler gegen Extremismus



Beschlossen auf dem Bundeskoordinationsausschuss
der Schüler Union Deutschlands
am 18. und 19. Februar 2012
in Magdeburg

1 **Einleitung.**

2
3 Mit Erschrecken hat unsere Gesellschaft auf die Erkenntnis reagiert,
4 dass über Jahre hinweg eine rechtsextreme Zelle unbehelligt von
5 Ermittlern und Öffentlichkeit ideologisch motivierte Mordanschläge
6 verüben konnte. Dieses grausame Beispiel führte Deutschland nicht nur
7 die Schwächen unseres Polizeiapparates vor Augen, sondern auch die
8 Tatsache, dass in Deutschland Rechtsextremismus leider nicht
9 vollständig den Geschichtsbüchern angehört. Nicht zu unterschätzen ist
10 auch der Linksextremismus, der sich in erschreckendem Maße am
11 Beispiel der brennenden Autos in Berlin widergespiegelt hat. Beide Arten
12 von Extremismus sind gefährlich und von äußerster Aktualität.

13
14 Doch auch in den Jahren zuvor erfuhr der politische Extremismus durch
15 die Wahlerfolge der NPD und der Linkspartei in vielen Bundesländern
16 immer wieder neue Aktualität. Durch den Einzug dieser von
17 Verfassungsschutzbehörden beobachteten Parteien in mehrere
18 Länderparlamente gelangt extremistisches Gedankengut verstärkt in
19 politische Debatten und in die Öffentlichkeit. Die extremistischen
20 Positionen der beiden äußeren Ränder des politischen Spektrums
21 zeigen sich durch verfassungsfeindliche Bestrebungen sowie durch
22 Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und sind
23 hierbei Teil der jeweiligen Ideologie.

24
25 In der Debatte ist klar zwischen rechts- und linksextremistischen
26 Bestrebungen zu differenzieren. Trotzdem haben beide Formen des
27 Extremismus das Ziel, das politische System der Bundesrepublik
28 Deutschland und damit die repräsentative Demokratie abzuschaffen und
29 zu zerstören. Die Schüler Union Deutschlands setzt sich deshalb für
30 einen konsequenten Umgang mit extremistischen Parteien oder
31 Organisationen jeglicher Couleur ein und fordert hierbei eine verstärkte
32 Wachsamkeit von Politik und Gesellschaft gegenüber
33 antidemokratischen Bestrebungen. Wir bekennen uns zu den Prinzipien
34 der wehrhaften Demokratie und fordern den Einsatz aller
35 rechtsstaatlichen Mittel zur Unterbindung extremistischer Aktivitäten.

36 37 38 **Keine Toleranz für Extremisten.**

39
40 Die Szenen von Links-, Rechts- und religiösen Extremisten werben
41 besonders intensiv um Schüler und Jugendliche. Außerordentlich
42 erfolgreich ist dabei der Rechtsextremismus durch den Einsatz von
43 Musik mit menschenverachtenden Inhalten sowie verfassungsfeindlichen

44 und antisemitischen Ideen. Sie stoßen auf einen ergiebigen Nährboden,
45 da ein Teil der Jugendlichen, geprägt durch innere Orientierungslosigkeit
46 und fehlende Wertmaßstäbe, schnell für derartige Vorstellungen zu
47 begeistern ist. Existenzängste und Identitätskrisen junger Menschen
48 werden dabei gezielt für die Bindung an rechtsextremistische
49 Organisationen missbraucht. Ähnlich gehen auch Vertreter der
50 linksextremen Szene bei der Werbung vor. Durch die Idee eines
51 revolutionären Umsturzes und ihrer gesellschaftskritischen Haltung
52 begeistern sie junge Menschen. Auf der Suche nach Anerkennung und
53 Geborgenheit lassen sich Jugendliche durch Ideologen manipulieren und
54 rutschen in von Kriminalität und Gewalt geprägte Kreise ab, die ihren
55 Lebensweg nachhaltig beeinflussen. Aus diesem Grund müssen eine
56 frühe Aufklärung über Extremismus und umfangreiche
57 Präventionsmaßnahmen eine noch zentralere Bedeutung bekommen.

58

59 In allen Lehrplänen ist die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen
60 Diktatur, je nach Schulform und Bundesland, bereits in der siebten
61 Klasse vorgesehen und begleitet die Schüler bis zu ihrem
62 Schulabschluss. Es ist von großer Wichtigkeit sowie unbedingt
63 beizubehalten und zu fördern, dass die Themen Rechtsextremismus und
64 Fremdenfeindlichkeit fester Bestandteil des Unterrichts eines weiten
65 Fächerspektrums an allen Schulen sind. Daneben werden allen Lehrern
66 zahlreiche Materialien und komplette Unterrichtseinheiten zu diesen
67 Themen über die Ministerien bzw. die Bundeszentrale für politische
68 Bildung zugänglich gemacht. Die Schüler Union Deutschlands begrüßt
69 ausdrücklich Exkursionen zu Gedenkstätten als "erlebten
70 Geschichtsunterricht". In Ländern wie zum Beispiel Bremen, wo dies
71 noch nicht vorgesehen ist, fordert die Schüler Union die umgehende
72 Anpassung der Lehrpläne. Einige Länder fördern den Besuch von
73 Gedenkstätten durch Landesmittel vorbildlich.

74

75 Nach Auffassung der Schüler Union Deutschlands muss auch weiterhin
76 konsequent gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden und die
77 Bevölkerung weiter für dieses Thema sensibilisiert werden. Bewährte
78 und erfolgreiche Programme müssen fortgesetzt und weiterentwickelt
79 werden. Entscheidende Bedeutung kommt dabei der Präventionsarbeit
80 in der Schule zu. Nirgends sonst kann so umfassend und nachhaltig wie
81 dort die Grundlage für eine wehrhafte Demokratie gelegt werden.
82 Bildung als Nährboden unserer Gesellschaft muss bereits in jungen
83 Jahren die Weichen für einen mündigen Staatsbürger stellen. Dies kann
84 nur durch entsprechend verfassungstreue und -feste Lehrer erfolgen. In
85 jedem Fall muss die Ideologisierung durch Lehrkräfte verhindert werden,
86 was durch eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema
87 Extremismus in der Lehrerausbildung erreicht werden kann.

88 Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist ein gesamt-
89 gesellschaftliches Anliegen und darf nicht linksextremen Gruppierungen
90 überlassen werden, die ihrerseits ebenso verfassungsfeindliche
91 Bestrebungen verfolgen. Wir fordern die Verantwortlichen der lokalen
92 und überregionalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus auf, sich von
93 eventuell vorhandenen linksextremen Tendenzen in ihren Reihen zu
94 distanzieren, um eine effektive und zielorientierte Arbeit zu
95 gewährleisten. Die Schüler Union Deutschlands spricht sich klar für die
96 von der Ministerin Schröder eingeführte „Extremismusklausel“ aus. Bei
97 dieser muss jede Organisation, die Bundesfördermittel beantragt, sich für
98 die freiheitlich-demokratische Grundordnung aussprechen. Eindeutig
99 linksextreme Strömungen sind beispielsweise bei Solid, der
100 Jugendorganisation der Linkspartei, bei autonomen Antifa-
101 Gruppen/Aktionen sowie bei der „Vereinigung der Verfolgten des
102 Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVNBdA)
103 zu erkennen. Diesen Jugendorganisationen muss auch in der Schule
104 jegliche Plattform entzogen werden. Verdeckter und offener Werbung ist
105 entschieden entgegenzutreten. Die Schüler Union steht für
106 gesellschaftliches und politisches Engagement gegen
107 Rechtsextremismus!

108
109

110 **Religionsfreiheit ja – religiöser Extremismus** 111 **nein !**

112

113 Die friedliche Ausübung der Religion steht für die Schüler Union
114 Deutschlands an oberster Stelle. Jedoch beobachten wir mit Sorge die
115 zunehmende Bedrohung durch islamistische Gewalttaten. So fand im
116 März 2011 am Frankfurter Flughafen der erste islamistische Anschlag in
117 Deutschland statt.

118

119 Wir unterscheiden klar zwischen Islam und Islamismus. Die Integration
120 von Zuwanderern ist Voraussetzung zur Prävention von wachsendem
121 Islamismus in Deutschland. An dieser Stelle wurde in Deutschland lange
122 zu wenig getan. Wir befürworten die Arbeit der Islamkonferenzen und
123 setzen großes Vertrauen in die Dialoge mit muslimischen Vereinen und
124 Gemeinschaften – auch im Hinblick auf entsprechende Kooperationen in
125 der Bildungspolitik. Die Konformität mit der Deutschen Rechts- und
126 Werteordnung des Grundgesetzes sowie dessen Anerkennung durch
127 Muslime und ihre Vertreter muss gewährleistet sein.

128

129 Islamische Vereine, die sich einem Dialog versperren und für den
130 Fortbestand des Islamismus sorgen, müssen entsprechende

131 Konsequenzen tragen. Eine Prüfung der Vereine, Gemeinschaften,
132 Bildungsstätten und deren Geldgebern ist nötig und muss bis zu deren
133 Verbot führen. Interkultureller Austausch und interreligiöse
134 Kommunikation sind für uns Grundlage für friedliches Zusammenleben.

135
136

137 **Linksextremismus: Die unterschätzte Gefahr.**

138

139 Linksextremisten diffamieren unseren demokratischen Rechtsstaat als
140 „rassistische, imperialistische und faschistische“ Gesellschaftsordnung.
141 Sie wollen einen politischen und wirtschaftlichen Systemumsturz
142 herbeiführen und treten deshalb massiv gegen unsere freiheitliche
143 demokratische Grundordnung ein. Der Einsatz von Gewalt zur
144 Durchsetzung ihrer Ideologie wird dabei als legitimes Mittel toleriert. Ziel
145 ihrer revolutionären Bestrebungen ist die Errichtung eines „sozialistisch-
146 kommunistischen Staats- und Gesellschaftssystems“ oder einer Anarchie
147 ohne jegliche Autoritäten.

148

149 In Deutschland wird der Linksextremismus als Gefahr für unsere
150 Demokratie nur beschränkt wahrgenommen. Obwohl wir mit der DDR
151 auch auf deutschem Boden eine Diktatur mit linksextremer Ideologie
152 hatten, ist das Bewusstsein hierfür nur schwach ausgeprägt. Umso
153 erschreckender sind bei Kenntnis der historischen Vorgänge die
154 Wahlerfolge der Linkspartei, besonders in den neuen, aber inzwischen
155 auch vermehrt in den alten Bundesländern. Die Linkspartei, die sich trotz
156 verschiedener Namensänderungen in direkter Nachfolge der SED
157 entwickelt hat, verzeichnet immer wieder enorme Wahlerfolge von über
158 20 Prozent, wie zum Beispiel bei der Landtagswahl im Saarland 2009.

159

160 Allein die fehlende inhaltliche und personelle Distanz zur ehemaligen
161 Staatspartei SED unterstreicht die Gefahr. Hinzu kommen öffentliche
162 Leugnungen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze sowie
163 Glorifizierung des DDR-Unrechtsregimes von hochrangigen Linkspartei-
164 Funktionären. Darüber hinaus hat Die Linke ihre Parteigeschichte nicht
165 aufgearbeitet.

166

167 Auch die Statistiken über die Entwicklung der politisch motivierten
168 Gewalt sprechen eine deutliche Sprache: Die letzten veröffentlichten
169 Zahlen weisen fast 30.000 politisch motivierte Straftaten auf. Obwohl
170 mehr als doppelt so viele Straftaten von Rechtsextremisten verübt
171 wurden, dreht sich das Bild bei den Gewaltdelikten wie z.B. Raub und
172 gefährliche Körperverletzung: So verübten Linksextreme in 2010 weit
173 mehr Gewaltdelikte als Rechtsextreme. Nach Angaben der

174 Polizeigewerkschaft ist die Zahl linksextremistischer Gewalttaten 2011 im
175 Vergleich zum Vorjahr um 25% gestiegen. Dies unterstreicht: Es gibt
176 weder einen Anlass Linksextremismus zu verharmlosen noch zu
177 vernachlässigen!

178
179 Alarmierend ist auch die Tatsache, dass linksextreme Kräfte verstärkt
180 versuchen, Einfluss auf gesellschaftliche Bündnisse und lokale Initiativen
181 zu gewinnen. Sie wollen diese unterwandern und für ihren Kampf gegen
182 den demokratischen Rechtsstaat instrumentalisieren. So treten
183 beispielsweise bei zahlreichen Initiativen und Bündnissen gegen die Anti-
184 Terror-Gesetze und die Sozialpolitik der Bundesregierung eindeutig
185 linksextreme Tendenzen auf. Auch bei den Protesten gegen
186 Studiengebühren in verschiedenen Bundesländern sowie den
187 Bildungstreiks waren linksextreme Organisationen und Personen
188 maßgeblich für die Eskalation von Demonstrationen und
189 Protestkundgebungen verantwortlich. Dazu zählten gewalttätige
190 Übergriffe auf Polizisten, Sachbeschädigung und Blockade von
191 Verkehrsverbindungen. Das linksextremistische Spektrum war bei der
192 Planung und Durchführung von Demonstrationen und weiteren Aktionen
193 maßgeblich durch „Antifa-Gruppen“ und „Solid“ vertreten. Auch auf den
194 Landesverband der Schüler Union Bremen wurde ein Anschlag einer
195 linksextremistischen Gruppe verübt, bei dem eine Person ein
196 Knalltrauma erlitt und ein Sachschaden von mehreren hundert Euro
197 entstand.

198
199 In Anbetracht dessen fordert die Schüler Union Deutschlands ein
200 Programm zur Bekämpfung von Linksextremismus, welches die
201 Gesellschaft über die Gefahr des Linksextremismus aufklären und sie
202 dafür sensibilisieren soll. Auch praktisch muss dem Extremismus der
203 Boden entzogen werden. Es geht hierbei nicht um eine Abwägung von
204 Linksextremismus gegen Rechtsextremismus, sondern um den Erhalt
205 unserer Freiheit und die Bewahrung der Demokratie. Allen
206 verfassungsfeindlichen Gruppen, ganz gleich welchen politischen
207 Randes, darf keine Möglichkeit geboten werden, sich in der Mitte unserer
208 Gesellschaft zu etablieren.

209
210 Die Schüler Union Deutschlands bekennt sich zu den ausführenden
211 Organen des Rechtsstaates. Mit Unverständnis reagiert sie auf den
212 Versuch von Extremisten, sich als Opfer einer Verfolgung darzustellen.
213 Polizisten und Verfassungsschützer arbeiten als verfassungstreue
214 Diener des Staates daran, unsere Gesellschaft zu beschützen.

215
216

9 Punkte Programm gegen Extremismus

217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259

1. Unterstützung und flächendeckende Etablierung des Projekts "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage", das sich neben der Integration massiv der Eindämmung von Extremismus an der Schule widmet und über dessen Gefahren aufklärt.

2. Initiierung einer Aufklärungskampagne durch die entsprechenden Regierungsinstitutionen, die sich gezielt gegen Linksextremismus ausrichtet. Hierbei sollen vor allem Kinder und Jugendliche über die Gefahr des Linksextremismus aufgeklärt werden.

3. Klare Entlarvung von extremistischen Bestrebungen in Gesellschaft und Politik. Auch in der Diskussion muss die Verfassungsfeindlichkeit offen benannt und angeprangert werden.

4. Aufnahme des Themas „Linksextremismus“ als eigenständiger Themenkomplex neben der Behandlung von Rechtsextremismus in den Politik- und Wirtschaftsunterricht an allen Schulen in der jeweiligen Klassenstufe!

5. Aufnahme der Themenkomplexe „Unrechtsstaat DDR“, „gescheiterte Wirtschaftspolitik“ und „Lebensbedingungen in der DDR“ als verbindliche Unterrichtseinheiten mit mindestens zehn Schulstunden im Geschichtsunterricht der Klasse 9! Angesichts der erschreckenden Unkenntnis von Schülern über die zweite Diktatur im 20. Jahrhundert auf deutschem Boden, ist eine umfassende Behandlung der Geschichte der ehemaligen DDR notwendig. Zentrale Themen wären hierbei unter anderem: „Menschen- und Bürgerrechte in der DDR“, „Opposition in der DDR“, „Die innerdeutsche Grenze“, „Der Sozialismus als Staatsideologie“ und „Der Stasi-Apparat“.

6. Einführung von besonderen Programmen zur Gewaltprävention mit dem Schwerpunkt extremistischer Gewalt! Neben den heute bereits existierenden Gewaltpräventionsprogrammen bei Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf Rechtsextremismus muss die Thematik der linksextremistischen Gewalt verstärkt berücksichtigt werden. Angesichts der hohen Zahl von linksextremistisch motivierten Straftaten ist eine spezielle Gewaltprävention mit dem Schwerpunkt Linksextremismus notwendig.

7. Einführung eines nationalen Gedenktages „Tag des Gedenkens der Opfer des Kommunismus“ am 17. Juni (Tag des Volksaufstandes in der

260 DDR) eines jeden Jahres! Dieser kann von Schulen als Aktionstag gegen
261 Linksextremismus genutzt werden.

262

263 **8.** Jegliche Zusammenarbeit mit Links- und Rechtsextremisten in lokalen
264 und überregionalen Bündnissen und Initiativen stoppen! Mit Feinden
265 unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung darf es keine
266 Zusammenarbeit oder Kooperation geben, deshalb sind etwaige
267 Verbindungen sofort abubrechen.

268

269 **9.** Ehrenamtliches Engagement stärken! Initiativen, Vereine und
270 Institutionen, die für Aufklärung und Prävention gegen Extremismus
271 sorgen, sind zu fördern. Die Wertschätzung unserer freiheitlichen
272 Gesellschaft und gegenüber dieser, Pflichten zu erfüllen und
273 Verantwortung zu übernehmen, ist der Garant, dass diese weiter
274 besteht.